



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2023

Die Grünen und die direkte Demokratie

Leemann, Lucas ; Odermatt, Angela Carmen

DOI: <https://doi.org/10.33058/seismo.30878>

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-233800>

Book Section

Published Version



The following work is licensed under a Creative Commons: Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0) License.

Originally published at:

Leemann, Lucas; Odermatt, Angela Carmen (2023). Die Grünen und die direkte Demokratie. In: Bütikofer, Sarah; Seitz, Werner. Die Grünen in der Schweiz : Entwicklung, Wirken, Perspektiven. Zürich: Seismo Verlag, 131-155.

DOI: <https://doi.org/10.33058/seismo.30878>

9 Die Grünen und die direkte Demokratie

Lucas Leemann und Angela Odermatt

Die Geschichte der Grünen lässt sich auch vor dem Hintergrund ihres Gebrauchs der Instrumente der direkten Demokratie erzählen. Dabei stehen folgende Fragen im Zentrum: Wann haben die Grünen erste Vorlagen an die Urne gebracht? Auf welche Themen haben sie gesetzt? Und wie ändern sich diese Muster über die Zeit? Im folgenden Kapitel gehen wir diesen Fragen nach.¹ Im Gegensatz zu anderen neuen Parteien (bspw. jüngst der GLP) kann man die verschiedenen Phasen der Entwicklung der Grünen Partei auch am Gebrauch der Volksrechte ablesen. Das ist kein Zufall. So hat schon Erich Gruner, einer der grossen Schweizer Politikwissenschaftler des 20. Jahrhunderts, eine enge Verflechtung von Parteientwicklung und direkter Demokratie ausgemacht. Er schrieb, dass die «(...) Schweizer Parteien die Kinder der Volksrechte» seien (Gruner 1964, 208). Nicht alle Politikwissenschaftler:innen sind mit dieser Aussage einverstanden, aber es ist nicht von der Hand zu weisen, dass direktdemokratische Instrumente für neue Parteien Vorteile bieten (Leemann 2015).

Möglichkeiten der direkten Demokratie

Die direkte Demokratie fusst in der Schweiz auf nationaler Ebene auf zwei Instrumenten: der Volksinitiative und dem Referendum. Beide erlauben den Stimmbürger:innen, zu einer konkreten Vorlage Stellung zu beziehen. Sie unterscheiden sich aber in ihrer Funktionslogik. Aus politikwissenschaftlicher Sicht zeigen Flavia Caroni und Adrian Vatter (2016) für die Volksinitiative vier Funktionen auf: Sie kann als Ventil wirken, wenn die parlamentarische Mehrheit eine Minderheit dauerhaft ausschliesst. Einerseits mag sich die Minderheit erhoffen, dass Volk und Stände dem Anliegen wohlgesonnener sind als das Parlament und andererseits erlaubt es der Minderheit, auf ein ihr wichtiges Thema aufmerksam zu machen, unabhängig vom konkreten Ausgang an der Urne. Eine Initiative kann aber auch als Verhandlungspfand dienen, wenn die parlamentarische Mehrheit erst unter dem Druck einer angedrohten Initiative Zugeständnisse macht (Hofer 1987). Eine dritte Funktion ist die

1 Die Daten, die diesem Kapitel zugrunde liegen, sind inklusive R Code öffentlich unter <https://github.com/lleemann/GrueneDD> zugänglich.

des Katalysators, indem die Volksinitiative die Themenkonjunktur nachhaltig beeinflusst. Schliesslich kann die Initiative aber auch ein Mobilisierungsinstrument sein. Gewisse Autor:innen sehen in den letzten beiden Funktionen eine Erklärung für die Zunahme an Initiativen in den 1990er und 2000er Jahren (Leemann 2015).

Dem fakultativen Referendumsrecht können ähnliche Funktionen zugeschrieben werden wie dem Initiativrecht – es kann als Ventil wirken und ein Verhandlungspfand sein, welches der parlamentarischen Minderheit hilft, der Parlamentsmehrheit Konzessionen abzurufen (Linder & Müller 2017). Schliesslich können Referenden ein Thema in den öffentlichen Fokus rücken und es einer Partei dadurch ermöglichen, Position gegen ein neues Gesetz zu beziehen – und dies alles im medialen Scheinwerferlicht der Berichterstattung rund um ein Referendum.

Vor allem für eine junge Partei bietet die direkte Demokratie einmalige Chancen, auf der politischen Bühne auf sich aufmerksam zu machen. Gleichzeitig ist es aber auch sehr aufwändig, die nötigen Unterschriften zu sammeln und eine Kampagne durchzuführen.

Erste Schritte auf der nationalen Ebene

Während die Grünen direkt-demokratische Instrumente in Gemeinden und Kantonen bereits vorher ausgiebig verwendet hatten, nutzten sie diese auf nationaler Ebene erstmals 1990. Sie unterstützten als Mit-Initiierende zusammen mit SP, LdU, EVP und anderen Gruppen die Kleeblatt-Initiativen, die vom Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) eingereicht wurden. Diese Vorlagen richteten sich gegen vier Autobahnabschnitte und entstanden im Kontext der Diskussionen um den Ausbau des Nationalstrassennetzes (Linder et al. 2010, 466f.). Alle drei schlussendlich zur Abstimmung gelangten Vorlagen scheiterten am Volksmehr bei Ja-Stimmenanteilen zwischen 32 und 34 Prozent und der Ablehnung in allen Ständen. Die Grünen haben sich damit aber erstmals als Mit-Initiierende von Initiativen aktiv auf das nationale direkt-demokratische Parkett gewagt.

Thematisch ähnlich gelagert war auch das fakultative Referendum gegen das neue Strassenverkehrsgesetz, welches die Grünen gemeinsam mit dem VCS, verschiedenen Umweltorganisationen und der IG Velo 1989 ergriffen. Das Gesetz sah vor, dass die Maximalbreite für Lastwagen von 2,30 m auf 2,50 m erweitert würde, wogegen der VCS das Referendum ergriff. Wie bereits bei den Kleeblatt-Initiativen war den Grünen und den Umweltorganisationen kein Erfolg beschieden. Das Volk nahm die Änderung des Strassenverkehrsgesetzes mit 52,8 Prozent Ja-Stimmenanteil an.

Eigene direkt-demokratische Projekte

Es dauerte aber nicht lange, bis die Grünen nicht nur mithalfen, Unterschriften für Referenden zu sammeln, sondern selber ein fakultatives Referendum ergriffen, so 1991 gegen die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT). Aus heutiger Sicht mag es erstaunen, dass sich eine ökologische Partei gegen den Ausbau des öffentlichen Verkehrs ausspricht. Die Grünen begründeten damals ihre Ablehnung mit der Furcht vor weiter zunehmendem Verkehr infolge des Ausbaus des Schienennetzes. Unterstützt wurde das Referendum durch die Schweizer Demokraten (SD), den WWF und Greenpeace, die ebenfalls gegen zusätzliche Umweltbelastungen waren, sowie durch Automobilverbände, die höhere Kosten befürchteten, und durch ein Komitee in Uri (Linder et al. 2010, 493; siehe Kapitel 1, Seitz). Das Referendum scheiterte an der Urne: Die NEAT wurde im September 1992 mit 63,6 Prozent Ja-Stimmen angenommen, wobei drei Kantone den Bau der NEAT ablehnten (AI, AR und UR).

Die ersten eigenen Volksinitiativen lancierten die Grünen 1993 als Tandem. Sie verlangten, dass der Bund «Energie statt Arbeit besteuern» sollte und sprachen sich «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Mann und Frau» aus. Der Entscheid für die Initiativen war aber umstritten, vor allem wegen der Bedenken der Kantonalparteien über die grossen personellen und finanziellen Ressourcen. Die Befürworter:innen machten dagegen geltend, dass den Grünen ein klares Profil fehle und solche Initiativen gerade deswegen notwendig seien (Zürcher 2008). Im November 2000 kam die Initiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Mann und Frau» vors Volk und wurde mit 46,0 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt. Sie war die erste Volksinitiative der Grünen, die zur Abstimmung kam, und erzielte das bisher beste Ergebnis aller Initiativen der Grünen. Sie wurde von allen Kantonen in der Westschweiz sowie im Tessin und im Wallis angenommen. Die Hauptforderungen der Initiative waren die Gleichstellung der Geschlechter und Flexibilisierung der AHV, welche die in der 10. AHV-Revision von 1997 vorgesehene Erhöhung des Rentenalters auf 64 Jahre rückgängig machen sollte. Dazu sollte ab dem 62. Lebensjahr entweder bei Erwerbsaufgabe die volle Rente oder bei Teilzeitarbeit ein Teil der Rente bezogen werden können. Gleichzeitig wie die Initiative der Grünen wurde auch über eine ähnlich ausgerichtete Initiative durch den Schweizerischen Kaufmännischen Verband, abgestimmt. Diese Initiative wurde mit 39,5 Prozent Ja-Stimmen deutlicher als jene der Grünen abgelehnt.

Die zweite Volksinitiative der Grünen «Energie statt Arbeit besteuern» wurde im Dezember 2001 an der Urne mit 22,9 Prozent Ja-Stimmen sowie von allen Kantonen abgelehnt. Wie der Name der Initiative andeutet, forderten die Grünen damit, dass die Besteuerung der Arbeit reduziert werde und die

damit verbundenen Einnahmeverluste durch eine Besteuerung von Energie gedeckt werden sollten. Im Abstimmungstext steht denn auch explizit, dass die Einnahmen durch die Energiesteuer für die Finanzierung der Sozialwerke verwendet werden sollen. In diesem Sinne sollten auch durch die vorhin besprochene Initiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Mann und Frau» anfallende Kosten durch die Energiesteuer gedeckt werden. Die beiden Initiativen waren, trotz der Ablehnung, raffinierte Vorschläge, um verschiedene Probleme gleichzeitig zu lösen (Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Senkung der Umweltbelastung, Sicherung der Sozialwerke). Rückblickend fällt auf, wie stabil gewisse Politherausforderungen bleiben – zwei dieser Problemfelder sind immer noch hochaktuell. In Tabelle 9.1 werden die weiteren von den Grünen und Jungen Grünen alleine initiierten Initiativen aufgelistet und folgend kurz besprochen.

Tabelle 9.1: Volksinitiativen, die von der GPS lanciert wurden

Einreichung der Unterschriften	Datum Abstimmung	Volksinitiative	Abstimmungsergebnis (Prozent Ja-Stimmen und zustimmende Kantone)
1996	26.11.2000	«Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann»	46.0, Kantone: FR, GE, JU, NE, TI, VD
1996	02.12.2001	«Energie statt Arbeit besteuern»	22.9, Kantone: -
2008	2011, zurückgezogen	«Für menschenfreundlichere Fahrzeuge» (Junge Grüne)	(wurde nach Annahme eines indirekten Gegenvorschlags zurückgezogen)
2012	25.09.2016	«Grüne Wirtschaft»	36.4, Kantone: GE
2012	27.11.2016	Atomausstiegsinitiative	45.8, Kantone: BL, BS, GE, JU, NE, VD
2015	23.09.2018	Fair-Food-Initiative	38.7, Kantone: GE, JU, NE, VD
2016	10.02.2019	Zersiedelungsinitiative (Junge Grüne)	36.3, Kantone: -

Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS).

Nach dem Initiativ-Tandem um die Jahrtausendwende dauerte es mehr als zehn Jahre bis die Grünen die Unterschriften für ihre nächste, alleine lancierte Initiative im Oktober 2012 einreichten. Die Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (grüne Wirtschaft)» kam im September 2016 vors Volk, wo sie mit 36,4 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt wurde. Der Kanton Genf war der einzige Kanton, der die Initiative annahm.

Grundlage der Initiative war das Konzept des «ökologischen Fussabdruckes», das berechnet, wie viele Erden für den Ressourcenverbrauch einer Gruppe benötigt werden. Von den knapp drei Erden, die für den Ressourcenverbrauch der Schweiz zum Zeitpunkt der Lancierung der Initiative 2012 benötigt würden, sollte der ökologische Fussabdruck auf die Weltbevölkerung hochgerechnet bis 2050 auf eine Erde reduziert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollte eine «nachhaltige und ressourceneffiziente» Wirtschaft angestrebt und durch Bund, Kantone und Gemeinden gefördert werden. Diese Volksinitiative war die erste Initiative der Grünen, die sich deutlich auf ein Umweltthema fokussierte.

Nur einen Monat nach der Initiative für eine Grüne Wirtschaft reichten die Grünen im November 2012 die Unterschriften für ihre Initiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)» ein. Die Initiative kam vier Jahre später im November 2016 an die Urne, wo sie mit 45,8 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt wurde. Damit ist sie nach der Initiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Mann und Frau» die Initiative der Grünen mit dem zweitbesten Ergebnis. In den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Genf, Jura, Neuenburg und Waadt wurde die Initiative gar angenommen. Gegenstand der Initiative war einerseits ein Verbot des Baus neuer Atomkraftwerke (AKW) und eine Beschränkung der Betriebszeit bestehender AKWs auf 45 Jahre. Andererseits sollte die nationale Energiepolitik auf erneuerbare Energien sowie weniger Verbrauch und mehr Effizienz ausgerichtet werden. Kontext der Lancierung der Initiative war die AKW-Katastrophe in Fukushima in Japan von 2011. Auf diese reagierten auch Bundesrat und Parlament 2011 mit Massnahmen für einen schrittweisen Atomausstieg. Diese Anpassungen des Energiegesetzes sah der Bundesrat als indirekten Gegenvorschlag zur Initiative der Grünen, der abgesehen von der Betriebszeitbegrenzung auf 45 Jahren identisch mit der Initiative sei. Trotz der gleichzeitigen Behandlung des Atomausstiegs von Bund und Parlament erlangte die Atomausstiegsinitiative gut vier Jahre später im Abstimmungskampf eine überdurchschnittlich hohe Medienaufmerksamkeit. Die Grünen zeigten damit, dass sie auch mit umweltpolitischen Themen gut mobilisieren und Aufmerksamkeit erreichen können.

Die zurzeit letzte Volksinitiative der Grünen war die Initiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)», über die im September 2018 abgestimmt wurde. Die Unterschriften für die Initiative wurden bereits im November 2015 von den Grünen eingereicht. Vom Volk wurde die Initiative mit nur 38,7 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt, wobei wieder die westschweizerischen Kantone mit Ausnahme von Fribourg die Initiative annahmen. Die Fair-Food-Initiative besteht aus zwei Teilen: Erstens sollen importierte Lebensmittel schweizerischen Vor-

schriften des Umwelt- und Tierschutzes unterlegen sein und unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt werden. Zweitens sollen verschiedene Massnahmen gegen Lebensmittelverschwendung, zur Förderung regionaler und saisonaler Lebensmittel sowie der Reduktion umweltschädlicher Auswirkungen durch den Bund gefördert werden. Hauptargument des Nein-Komitees im Abstimmungskampf war die Befürchtung steigender Lebensmittelpreise. Wie bereits die Atomausstiegsinitiative erhielt die Fair-Food-Initiative grosse Aufmerksamkeit in den Medien.

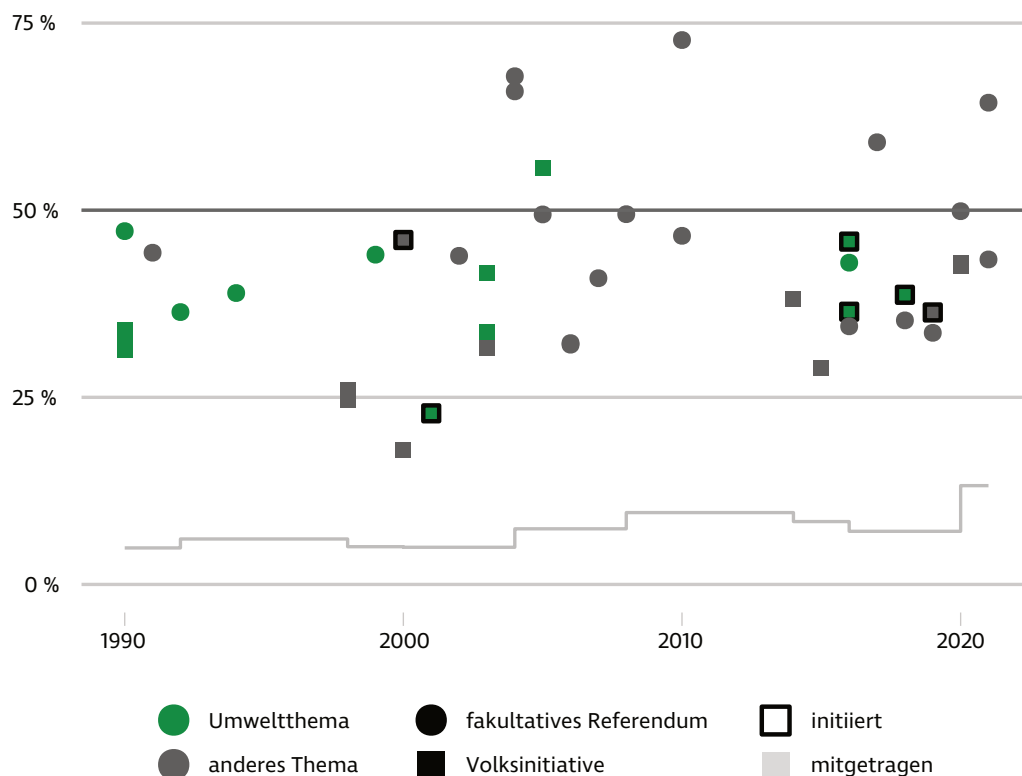
Auch die Jungen Grünen machten Gebrauch vom Instrument der Volksinitiative: 2008 die Volksinitiative «Für menschenfreundlichere Fahrzeuge» und 2019 die Zersiedelungs-Initiative (siehe Kapitel 10, Haus). Die Volksinitiative «Für menschenfreundlichere Fahrzeuge», auch Stopp-Offroader-Initiative genannt, forderte strengere Standards bezüglich der Umweltbelastung von Motorfahrzeugen. Nachdem die Unterschriften für das Zustandekommen der Initiative im August 2008 von den Jungen Grünen eingereicht wurden, nahm das Parlament den Gegenvorschlag in Form des CO₂-Gesetzes im Frühjahr 2011 an. Als klar war, dass kein Referendum gegen den Gegenvorschlag ergriffen würde, zogen die Initiant:innen die Initiative zurück. Die Zersiedelungs-Initiative kam im Februar 2019 vor das Volk und wurde mit nur 36,3 Prozent Ja-Stimmen und der Ablehnung in allen Kantonen deutlich abgelehnt. Sie verlangte, das Einfrieren der Gesamtfläche der Bauzonen auf dem damals aktuellen Stand sowie damit einhergehend die Förderung von verdichtetem Bauen durch den Bund.

Typ und Thema der Vorlagen

Es ist lohnenswert, den generellen Gebrauch der Volksrechte durch die Grünen genauer anzuschauen. In Abbildung 9.1 sind Initiativen und Referenden abgebildet, die massgeblich durch das Engagement der Grünen zustande kamen. Es ist gut erkennbar, wie die Grünen zunächst eher umweltpolitische Themen an die Urne brachten. Das ist genau, was wir von einer noch jungen Partei erwarten würden: Sie betont ihre Themenkompetenz und benutzt dafür direkt-demokratische Instrumente. Erst gegen Ende der 1990er Jahre öffnet sich das inhaltliche Spektrum der Grünen und sie sammelten vermehrt Unterschriften für Anliegen, die über die Umwelt hinausgehen (siehe Kapitel 1, Seitz). Eine zweite Beobachtung betrifft den Erfolg der initiierten Abstimmungen. Natürlich kann ein verlorenes Referendum ein Erfolg sein, wenn es nur indirekte Auswirkungen auf die zukünftige Gesetzgebung hat. Das war aus Sicht der Grünen der Fall bei Ihrem ersten «eigenem» Referendum, welches sie gegen die NEAT lancierten. Die Grünen gingen davon aus, dass ihr an der Urne erfolgloses Referendum gegen die NEAT die zweite NEAT-

Vorlage beeinflussen würde (GPS 2020, 3). Um einen ersten direkten Erfolg als Mit-Initiierende an der Urne feiern zu können, mussten die Grünen allerdings bis 2004 warten. Dafür konnten sie am 16.5.2004 gleich doppelt feiern, da die Stimmenden die 11. AHV-Revision sowie das Steuerpaket mit 34 Prozent, respektive 32 Prozent Ja-Stimmen ablehnten. In Abbildung 9.1 sieht man noch weitere Abstimmungserfolge, wobei diese mit einer Ausnahme stets fakultative Referenden waren. Diese Ausnahme war die bisher einzige erfolgreiche Initiative der Grünen im November 2005. Mit 55,7 Prozent sagten damals Volk und alle Stände Ja zur Initiative «Für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft», die als «Gentech-Moratorium» bekannt ist. Schliesslich fällt auf, dass mit Ausnahme der erfolgreichen Initiative alle direkten Urnenerfolge nicht Umweltthemen, sondern andere Politikbereiche betreffen. Wie bereits erwähnt ist der Erfolg an der Urne jedoch nur eine mögliche Betrachtungsweise und Erfolg kann sich später indirekt zeigen, selbst bei einer Niederlage.

Abbildung 9.1: Von GPS genutzte Volksrechte, nach Typ und Thema

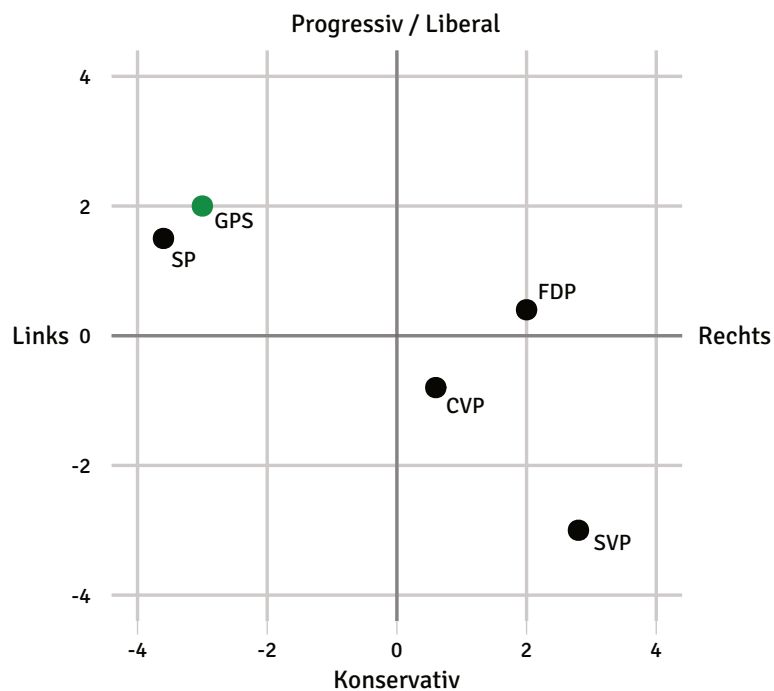


Lesebeispiel: Die Initiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Mann und Frau» wird als graues Viereck im Jahr 2000 dargestellt. Die Vierecksform bedeutet, dass es sich um eine Volksinitiative handelt und grau, dass die Vorlage kein Umweltthema behandelt. Die schwarze Umrandung des Vierecks bedeutet, dass die GPS die Initiative eigenständig lancierte. Wir sehen zudem, dass 46 Prozent der Stimmen der Position der GPS entsprachen und die GPS einen Wähler:innenanteil von 5 Prozent bei der vorhergehenden Nationalratswahl erzielt hatten.

Betrachtung nach Konfliktdimensionen

Eine weitere Sichtweise auf die Verwendung der Volksrechte durch die Grünen ergibt sich mittels räumlicher Darstellung der politischen Positionen. Dabei kommt zusätzlich zur traditionellen Links-rechts-Konfliktdimension, welche namentlich ökonomische (Verteilungs-)Fragen beinhaltet, auch noch eine zweite Konfliktdimension, welche Fragen der (politischen) Identität und des kulturellen Verständnisses abbildet.² Die Schweizer Parteien können in diesem zweidimensionalen Raum verortet werden. In Abbildung 9.2 sind die fünf grössten Parteien der Schweiz verortet (nach Leimgruber et al. 2010). Dabei wird deutlich, wie sich die Parteien in wirtschaftspolitischen Fragen auf der Links-Rechts-Achse, aber auch in Fragen der Identität und des kulturellen Verständnisses auf der konservativ-progressiven Achse unterscheiden.

Abbildung 9.2: Verortung der Schweizer Parteien in den beiden Konfliktdimensionen «Links – Rechts» und «Progressiv/liberal – Konservativ»



Quelle: Leimgruber et al. (2010).

² In der Fachliteratur wird diese Dimension auch GAL-TAN genannt, was für «green-alternative-liberal» versus «traditional-authoritarian-nationalistic» steht.

Die Grünen sind auf der zweiten Dimension klar als progressive Umweltpartei zu verorten. Auf der ökonomischen Achse ist ihre Position hingegen nicht so eindeutig zu verorten, da die Politiker:innen der Grünen in ökonomischen Fragen weniger geschlossen auftreten als bei umweltpolitischen Fragen. In Abbildung 9.3 wird dargestellt, wie oft die Grünen Vorlagen, die Fragen der ökonomischen bzw. kulturellen Dimension betreffen, mittels Volksinitiative oder fakultatives Referendum an die Urne bringen. Dabei zeigt sich ein deutliches Bild: Zu Beginn sind sie aktiver auf der kulturellen Achse, wobei die durchschnittliche Anzahl jährlich initiiertter Abstimmungen bis heute ähnlich hoch ist. Wo aber grosse Veränderungen zu beobachten sind, ist bei Fragen, die mit ökonomischen Konflikten zu tun haben: Anfangs ist es rar, dass die Grünen eine Urnenabstimmung für ökonomische Fragen mittels Volksinitiative oder fakultatives Referendum erzwingen, ab 2012 sind sie jedoch aktiver bei ökonomischen Fragen als bei solchen auf der kulturellen Achse.³ Es ist dabei interessant zu beobachten, dass die neue Dominanz der ökonomischen über kulturelle Themen ungefähr zeitgleich mit der Neugründung der GLP auf nationaler Ebene 2007 einhergeht.

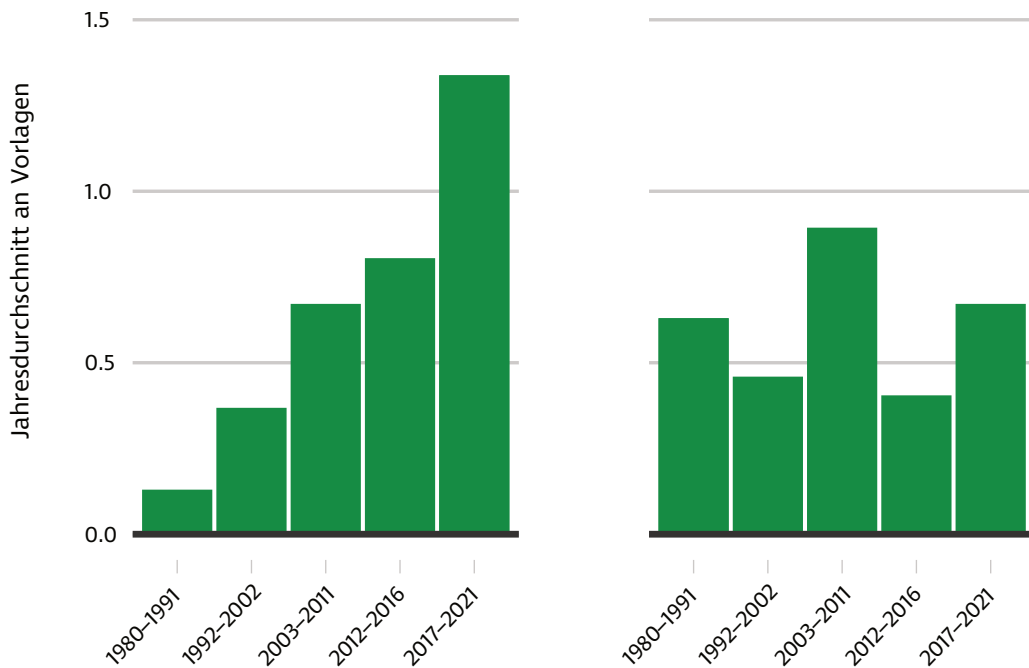
Mit Ausnahme der Jahre 2003–2011, die einen leicht höheren Jahreschnitt als die darauffolgende Zeitspanne zwischen 2012–2016 aufweisen, nimmt die durchschnittliche jährliche Anzahl Vorlagen der Grünen von einem Anfangsniveau von 0,6 auf 1,7 stetig zu. Teilen wir diese Zahlen wieder wie in Abbildung 9.2 auf eine ökonomische und eine kulturelle Dimension auf, wird ersichtlich, dass dieses Wachstum der Vorlagen vor allem durch Themen auf der ökonomischen Dimension zustande kam und weniger auf weniger Vorlagen, die auf Umweltthemen begründet waren.

Die direktdemokratischen Aktivitäten der Grünen lassen sich auch über die verschiedenen Politikbereiche aufschlüsseln, wie Abbildung 9.4 zeigt. Hier unterscheiden wir zeitlich zwischen fünf Perioden (gemäss der Periodisierung in Kapitel 1, Seitz).

Zunächst fällt natürlich die Dominanz umweltpolitischer Themen auf – in keinem anderen Bereich sind die Grünen so konsistent und weisen für alle Perioden Aktivitäten auf. Was aber auch auffällt, ist von Beginn an die Präsenz in der Sozialpolitik, wozu auch die ersten beiden Urnenerfolge der Grünen (11. AHV-Revision und Steuerpaket 2005), sowie die ersten beiden initiierten Initiativen («AHV-62», 2000 und «Energie statt Arbeit besteuern», 2001) gehören. In der Periode von 2003 bis 2011 ist die Sozialpolitik klar die do-

3 Umweltthemen können dabei in beide Kategorien fallen, wie beispielsweise die beiden bereits erwähnten Initiativen zeigen: Währenddem die Volksinitiative «Energie statt Arbeit besteuern» aus dem Jahr 2001 direkt ökonomische Verteilungsfragen in Form von staatlichen Steuern und sozialen Leistungen betrifft, behandelt die Atomausstiegsinitiative von 2016 kulturelle Einstellungsfragen.

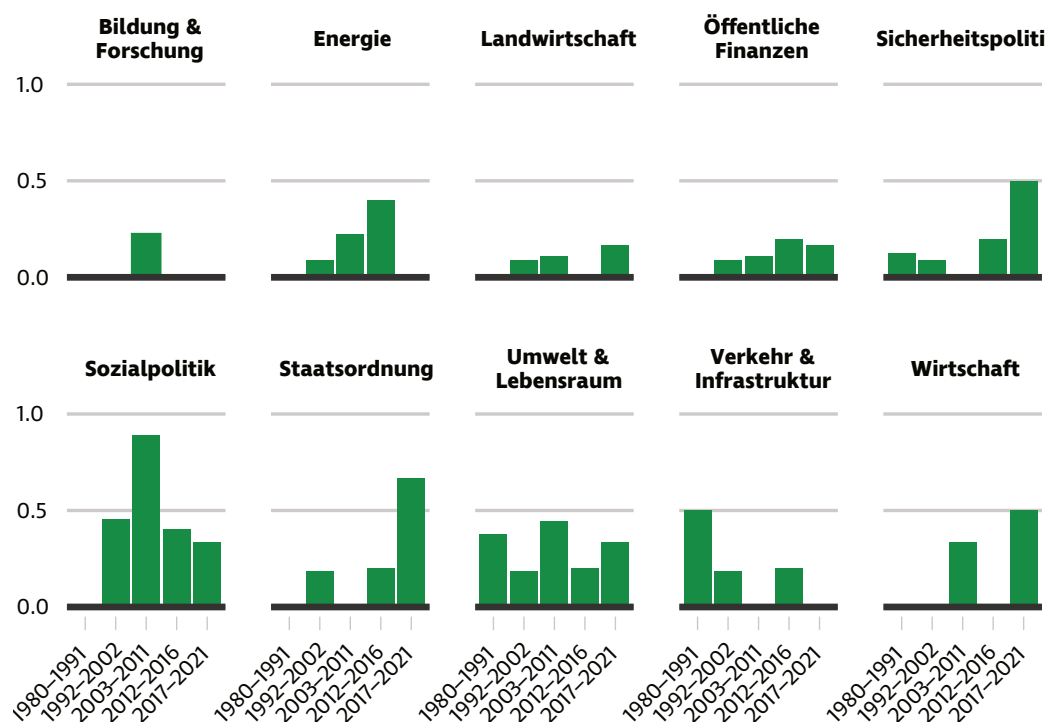
Abbildung 9.3: Von der GPS zur Abstimmung gebrachte Vorlagen, nach inhaltlicher Dimension



Lesbeispiel: Zwischen 2003 und 2011 hat die GPS pro Jahr durchschnittlich 0.7 Vorlagen auf der ökonomischen und 0.9 Vorlagen auf der kulturellen Dimension zur Abstimmung gebracht. In den Jahren 2017 bis 2021 wurde jedes Jahr mehr als eine Wirtschaftsvorlage durch die GPS an die Urne gebracht, während es nur leicht mehr als eine Umweltvorlage alle zwei Jahre waren.

minante Kategorie und weist in dieser Zeit auch über alle Perioden und Themenbereiche hinweg den höchsten Jahresdurchschnitt lancierter Volksinitiativen und ergriffener Referenden auf. Einige können oft aber nicht eindeutig einem Themenbereich zugeteilt werden, weshalb eine Vorlage zu mehreren Themenbereichen gezählt werden kann. Um wieder dasselbe Beispiel zu nehmen, wird die Initiative «Energie statt Arbeit besteuern» etwa in die Bereiche Sozialpolitik, öffentliche Finanzen und Energie eingeteilt. Abbildung 9.4 zeigt ebenfalls, dass die Grünen mit Umwelt und Lebensraum sowie Sozialpolitik zwar klare Fokusse aufweisen, gleichzeitig aber in vielen anderen Politikbereichen aktiv sind. Nur in zwei Bereichen, Aussenpolitik sowie Kultur, Religion und Medien, haben die Grünen bisher keine Volksinitiative lanciert. In der aktuellen Zeitperiode seit 2017 fallen viele initiierte Vorlagen in den Bereichen Sicherheitspolitik, Staatsordnung und Wirtschaft auf. Diese Zunahme ist mit Ausnahme der von den Jungen Grünen initiierte «Kriegsgeschäfte»-Initiative vom November 2020 auf fakultative Referenden unter anderem zur Unternehmenssteuerreform III, 2017 oder der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, 2020

Abbildung 9.4: Initiierung von Volksabstimmungen durch die GPS, nach Themen und Zeitperioden



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die Anzahl der jährlich im Durchschnitt ergriffenen Volksinitiativen und fakultativen Referenden für verschiedene Themengebiete über fünf verschiedene Zeitperioden. Als Kategorien wurden die Politikbereiche nach Swissvotes verwendet. In den beiden Kategorien Aussenpolitik sowie Kultur, Religion und Medien hat die GPS keine Abstimmungen initiiert.

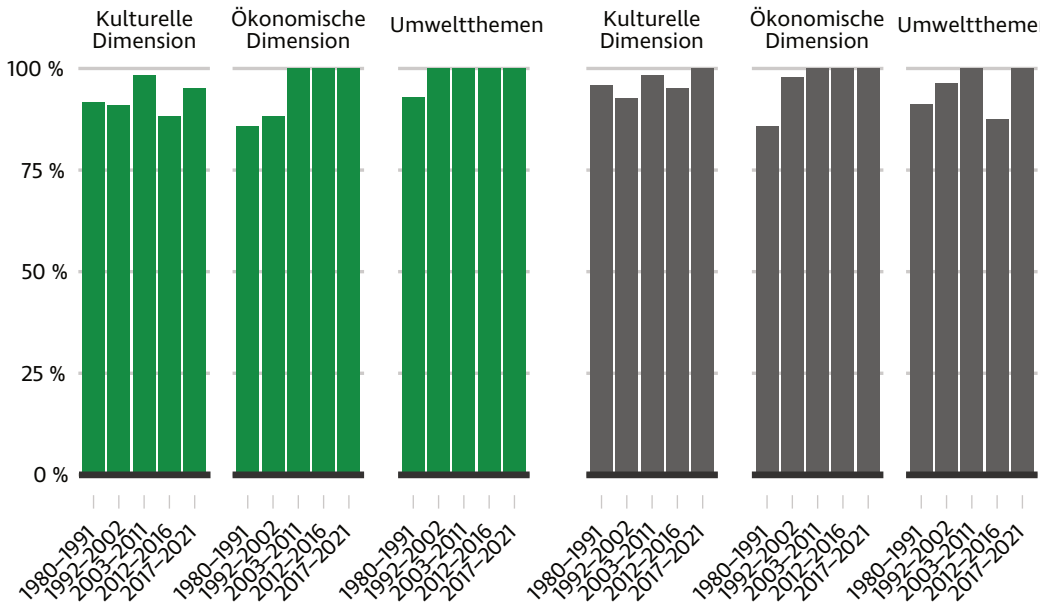
Lesebeispiel: Zwischen 2012 und 2016 hat die GPS pro Jahr durchschnittlich 0.4 Vorlagen initiiert, im Bereich der Sicherheitspolitik jedoch nur 0.2.

zurückzuführen. Einschränkend muss man festhalten, dass gerade bei Initiativen die zeitliche Einteilung schwieriger ist. Initiativen kommen oft erst Jahre nach der eigentlichen Beschlussfassung einer Partei (und Gründung eines Initiativkomitees) an die Urne. Die Initiative für ein tieferes AHV-Alter für Frau und Mann kam 2000 zur Abstimmung, das Initiativekomitee hatte sich jedoch bereits 1994 gebildet (Linder et al. 2010, 596).

Parolenfassung der Grünen

Zu guter Letzt kann auch geprüft werden, wie sich die Grünen zu nicht selber initiierten Abstimmungen durch ihre Abstimmungsempfehlungen positionieren. In Abbildung 9.5 stellen wir die Häufigkeit der Parolenfassung dar, also wie oft die Partei eine deutliche Ja- oder Nein-Stimmempfehlung herausge-

Abbildung 9.5: Abstimmungsvorlagen, zu denen die GPS und die SP Stimmempfehlungen abgaben, nach inhaltlicher Dimension



Lesebeispiel: Während dem die GPS zwischen 2012 und 2016 in rund 88 Prozent der Volksinitiativen und fakultativen Referenden, die auf der kulturellen Dimension angesiedelt sind, eine Abstimmungsempfehlung abgaben, tat die SP dies bei 95 Prozent der Abstimmungen. Bei Umweltthemen wiederum gab die GPS in derselben Zeitperiode zu allen, die SP nur zu 88 Prozent der Vorlagen eine Stimmempfehlung ab.

geben hat. Wir zeigen dieselbe Darstellung auch für die Sozialdemokratische Partei, um einen Vergleich mit den Grünen zu ermöglichen.

Zu Beginn haben die Grünen leicht mehr Abstimmungsempfehlungen bei Themen abgegeben, die der kulturelle Konfliktdimension zugeordnet werden können als bei ökonomischen Fragen. Dies ändert sich aber im Laufe der Zeit deutlich. Seit der Jahrtausendwende geben die Grünen bei Vorlagen zu ökonomischen Themen immer eine Parole heraus, gleichzeitig wurde es für die Partei schwieriger, bei Fragen, die der kulturellen Konfliktachse zugeordnet werden können, eine Parole zu fassen. Damit zeigt sich auch hinsichtlich der Parolenfassung ein ähnliches Bild wie bei der Initiierung von Volksinitiativen und Referenden in Abbildung 9.3 mit einer stetigen Zunahme auf der ökonomischen Dimension und zu Beginn höherer, dann aber leicht schwankender ungefähr gleichbleibender kultureller Dimension. Interessant ist auch zu sehen, dass die Schwankungen auf der kulturellen Dimension in der Parolenfassung sowie der Initiierung von Abstimmungen ähnlich ausfallen mit den höchsten Werten 2003 – 2011 und den tiefsten in der darauffolgenden Periode zwischen 2012 und 2016. Dieselben Ähnlichkeiten können für

Umweltthemen wie in Abbildung 9.4 dargestellt nicht beobachtet werden. Die Stimmempfehlungen zu Umweltthemen – ganz rechts in der Abbildung – zeigen aber, dass nicht Umweltfragen für den Wechsel der Dimensionen verantwortlich sind, sondern andere Themen aus der kulturellen Dimension. Für die Periode 2010 bis 2016 waren das beispielweise: «Gesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland», «Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz», «Armee XXI», «Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen», «Gesetz über die Krankenversicherung (Managed Care)», «Fortpflanzungsmedizinengesetz» und die «Vollgeld-Initiative». Bei Umweltvorlagen haben die Grünen lediglich bei einer Abstimmung (Referendum gegen den Bundesbeschluss über die Zuckerwirtschaft) keine Parolen beschlossen. Wenn sich Parteien bei einer Vorlage zu keiner Parole durchringen können, bedeutet dies, dass sie interne Uneinigkeiten nicht ausmerzen konnten. Folglich geben diese Vorlagen, bei denen eine Parole ausblieb, einen Einblick in die Themenfelder, bei denen sich die Grünen nicht geschlossen positionieren können. Vergleicht man die Parolenfassung der Grünen aber mit jener der SP, wird das Bild etwas relativiert: Auch bei der SP ist ein stetiger Anstieg des Anteils der Vorlagen, zu welchen die Partei eine Abstimmungsparole verabschiedet hat, innerhalb der ökonomischen Themen zu verzeichnen. In der ersten Periode mit einem gleich tiefen Anteil von 85 Prozent wie die Grünen und eher gleichbleibende, dafür schwankende Werte auf der kulturellen Dimension. Verglichen mit den Grünen ist die SP aber eher bereit, Parolen bei kulturellen Themen zu fassen; mit Ausnahme der bereits erwähnten Hochphase der Grünen auf der kulturellen Achse zwischen 2012 und 2016 hat die SP immer mehr Stimmempfehlungen auf der kulturellen Dimension herausgegeben als die Grünen. Bei Umweltthemen wiederum gab die SP in fast allen Zeitperioden aber weniger Parolen heraus als die Grünen.

Zusammenfassung

Diese Übersicht zeigt, wie die Grünen direkt-demokratische Instrumente auch auf nationaler Ebene für sich zu nutzen wissen, wobei beim Gebrauch der Volksrechte nicht nur der Abstimmungserfolg ausschlaggebend ist. So waren die wenigsten der von den Grünen (mit)-lancierten Vorlagen erfolgreich, sie erfüllten aber die Funktion, dass sich die Grünen als aufstrebende Partei positionieren und bekannt machen konnten. Im Spiegel der verwendeten direkt-demokratischen Instrumente zeigt sich deutlich die thematische Verbreiterung der Grünen: Richteten sie in den Anfangsjahren ihren Fokus auf umweltpolitische Themen, so öffneten sie ihr inhaltliches Spektrum auf sozial-, friedenspolitische- und wirtschaftspolitische Themen.



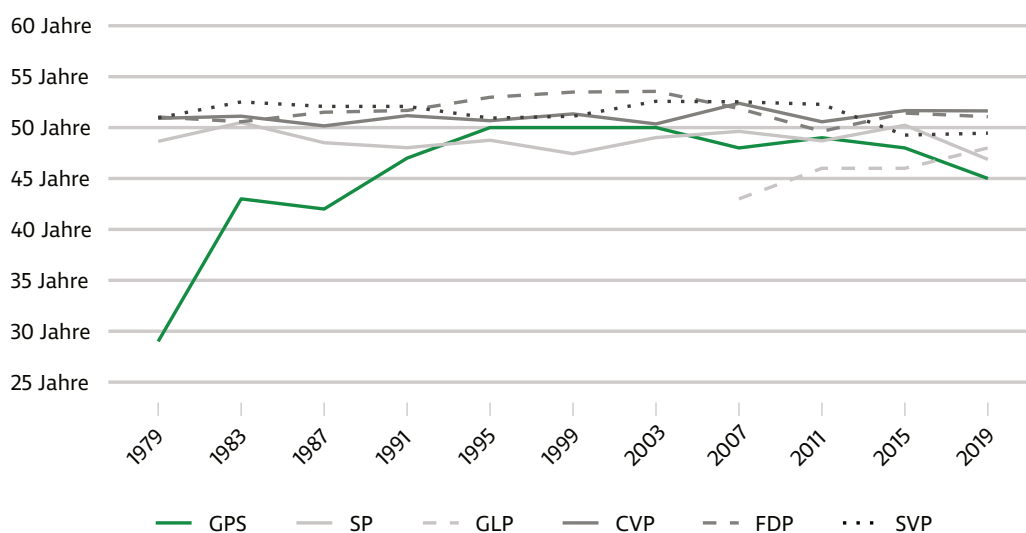
10 Jung = grün? Über die jungen Grünen und die grünen Jungen

Maja Haus

Seit jeher übernehmen bei den Grünen junge und teilweise sogar sehr junge Mitglieder parteiintern und in öffentlichen Ämtern Verantwortung. Der weltweit erste Grüne, der in ein nationales Parlament gewählt wurde, war Daniel Brélaz aus der Waadt. Er zog mit 29 Jahren zum ersten Mal in den Nationalrat ein (Rebeaud 1987, 39). Auch der Karriereauftakt des späteren Berner Regierungsrats Bernhard Pulver ereignete sich in jungen Jahren: 1987 wurde er mit 22 Jahren zum ersten Generalsekretär der Grünen Schweiz ernannt und behielt dieses Amt für die folgenden acht Jahre bei (GPS 2020; Schaffner 2003).

Auch in neuerer Zeit gibt es viele Beispiele für junge, erfolgreiche Politiker:innen der Grünen Schweiz: Die drei amtierenden Stände- bzw. Nationalrätinnen Lisa Mazzone (geboren 1988), Meret Schneider (geboren 1992) und Franziska Ryser (geboren 1991) wurden alle bereits im Alter von 27 Jahren in den Nationalrat gewählt, erstere bei den Gesamterneuerungswahlen im Oktober 2015, die beiden letzteren im Oktober 2019 (Bundesamt für Statistik, Wahlstatistik).

Abbildung 10.1: Durchschnittsalter der Nationalrät:innen, nach Partei



Quelle: Wahlstatistik, Bundesamt für Statistik (BFS, 2019b).

In Abbildung 10.1 ist das Durchschnittsalter der Nationalrät:innen über die Zeit dargestellt. Die grünen Nationalrät:innen waren bis Anfang der 1990er Jahre mit einem Durchschnittsalter von gut 40 Jahren mit Abstand die jüngsten Mitglieder im Rat. Ab dann stieg ihr Durchschnittsalter an und lag während drei Legislaturen um 50 Jahre. Auch nach dieser stabilen Phase gab es lange nur kleine Schwankungen. Mit den Wahlen 2019 sank das Durchschnittsalter der grünen Nationalrät:innen wieder auf 45 Jahre. Der Zuwachs der Grünen von 11 auf 28 Sitze im Nationalrat hatte auch eine Verjüngung der Fraktion zur Folge. Bei CVP, FDP, SP und SVP war die Veränderung des Durchschnittsalters über die Zeit kleiner. Mit Ausnahme der SP lag das Durchschnittsalter der Ratsmitglieder bei allen Parteien durchgehend höher als bei den Grünen. Die «Grünliberale Partei» (GLP) wies bei ihrer nationalen Gründung im Jahr 2007 anfänglich jüngere Nationalrät:innen auf als die Grünen und führte ebenfalls zu einer Verjüngung in der Politik. In den ersten vier Legislaturperioden ist bei der GLP allerdings ein kontinuierlicher Anstieg des Durchschnittsalters zu beobachten (vgl. Abbildung 10.1).

Die Übernahme von Verantwortung durch junge Mitglieder der Grünen zeigt sich auch auf lokaler Ebene. In grünen Kantonal- und Lokalparteien ist es nicht ungewöhnlich, dass Mitglieder, welche erst seit kurzer Zeit abstimmen und wählen dürfen, im Vorstand mitwirken oder sogar das Präsidium besetzen.

Dass relativ viele junge Parteipolitiker:innen in Schlüsselpositionen kommen, kann als Vertrauensbeweis der Grünen gegenüber den jungen Generationen gewertet werden. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass sich junge Mitglieder häufig bereits in der Partei engagieren, bevor sie abstimmen und wählen dürfen. Eine Mitgliedschaft bei den Grünen ist vor Erreichen der Volljährigkeit möglich, der Parteibeitritt sehr junger Menschen wird insbesondere bei den Jungen Grünen denn auch aktiv gefördert.

Dass bereits junge Mitglieder der Grünen Verantwortung übernehmen, gilt in besonderem Masse für kantonale und lokale Parlamente. Das Engagement junger Mitglieder wird auch von den Wähler:innen honoriert. So wurde beispielsweise Gianluca Looser im August 2021 im Alter von 18 Jahren als jüngster Kantonsrat der Schweiz für die Grünen ins Kantonsparlament von Schaffhausen gewählt (Michel 2021).

Altersstruktur der Grünen: eine junge Partei

Eine Umfrage unter den aktiven Parteimitgliedern, welche 1990 und 2003 in den Lokalsektionen der Schweizer Parteien durchgeführt wurde, bringt zu Tage, dass zu Beginn der 1990er Jahre die aktiven Mitglieder der Grünen Schweiz

mit einem Anteil von 24 Prozent an unter 30-Jährigen sehr jung waren. Bis 2003 halbierte sich dieser Anteil auf 12 Prozent. Zum Vergleich: Im Durchschnitt lag der Anteil an unter 30-Jährigen bei den anderen Parteien in dieser Zeit bei 11 Prozent. Es fand also in diesen Jahren eine starke Angleichung der Grünen an die anderen Parteien statt. Bei den 30- bis 45-Jährigen zeichnet sich ein ähnliches, wenn auch weniger ausgeprägtes Bild ab: Hier sank der Anteil von ursprünglich 55 Prozent auf 46 Prozent im Jahr 2003. Der Anteil an Mitgliedern der Grünen Schweiz, welche älter als 45 Jahre waren, nahm entsprechend zu (Ladner 2008).

Die jungen Menschen aus den neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre, welche damals die Grünen mitgegründet haben, sind über die Jahre älter geworden. Wie aus der Befragung sichtbar wird, hat sich zwischen 1990 und 2003 auch die Altersstruktur der Grünen entsprechend verändert. Es ist dementsprechend davon auszugehen, dass viele der Gründer:innen der Grünen auch 2003 noch als Mitglieder erfasst waren. Oder, wie Ladner im Jahr 2008 schrieb:

«Damit sind die Grünen die Partei, die in den letzten Jahren am stärksten gealtert ist. Oder mit anderen Worten: Die Lokalsektionen der Grünen werden nach wie vor von den Leuten der Gründergeneration getragen.» (Ladner 2008, 44)

Möglicherweise hat gerade diese veränderte Altersstruktur der Grünen dazu geführt, dass sich die jungen Mitglieder anfangs der 2000er Jahre bei den Grünen nicht mehr ausreichend vertreten fühlten und sich deshalb dazu entschlossen haben, lokal grüne Jungparteien zu gründen. Dass die Erstarkung der Jungen Grünen wiederum dazu geführt hat, dass die Grünen Schweiz für junge Menschen eine attraktive Option sind, ist dabei ein plausibler Umkehrereffekt.

Entstehung der Jungen Grünen

Die Entstehung der Partei der Jungen Grünen Schweiz folgte einem ähnlichen Muster wie bei der Mutterpartei. Mit zwei Jahrzehnten Verzögerung auf die Grünen Schweiz begannen sich anfangs der 2000er Jahre lokale und kantonale Gruppierungen junger grüner Menschen zu formieren. Diese Gruppierungen waren zwar noch nicht schweizweit aktiv, aber innerhalb der Kantone bereits gut organisiert.

Im Rahmen der eidgenössischen Wahlen 2003 fand ein erster Austausch zwischen den kantonalen Parteien der Jungen Grünen statt. Diese intensivierten sich, bis am 20. März 2004 die Jungen Grünen Schweiz gegründet wurden. Erste Präsidentin war die heutige grüne Nationalrätin Sophie Michaud Gigon

aus der Waadt, zu den weiteren Gründungsmitgliedern gehören Aline Trede (heute Nationalrätin und Präsidentin der Grünen Fraktion) und Bastien Girod (heute Nationalrat und Vize-Präsident der Grünen Fraktion).

Zu dieser Anfangszeit lautete das Motto der Jungpartei: «Wir sind jung und grün, deshalb kämpfen wir für unsere Zukunft. Wir sind überzeugt, dass es unsere Verantwortung ist, eine friedliche, nachhaltige Welt zu schaffen» (GPS 2004). Heute ist in den Statuten festgeschrieben, dass «die Jungen Grünen Schweiz bezwecken, sich nachhaltig für eine ökologische, antikapitalistische, queerfeministische, antirassistische, gesellschaftsliberale, pazifistische und basisdemokratische Gesellschaft einzusetzen und in dieser Hinsicht insbesondere jugendspezifische Anliegen zu vertreten» (Junge Grüne Schweiz 2021).

Wahlteilnahmen und Wahlerfolge: Höhepunkt Nationalratswahlen 2019

Bereits bei den Nationalratswahlen 2003, also noch vor der offiziellen Gründung der Jungen Grünen Schweiz, traten vier Sektionen der Jungen Grünen mit eigenen Listen in den Kantonen Luzern, St.Gallen, Basel und Genf zur Wahl an (Huber & Scheuch 2003). Vier Jahre später, bei den Nationalratswahlen 2007, waren es bereits zwölf Listen. Bis 2019 stieg die Listenzahl auf 16 (Bundesamt für Statistik, Wahlstatistik). Dabei können die Nationalratswahlen 2019 als Grosserfolg für die Jungen Grünen gewertet werden: In den Kantonen Zürich, Genf, Waadt, Bern, Basel-Stadt, Baselland, Aargau, Thurgau, Zug und Schaffhausen wurden sie zur stärksten Jungpartei gewählt (Junge Grüne Schweiz 2019). Der Wermutstropfen: Auch als stärkste Jungpartei schafften die Jungen Grünen keinen Sitzgewinn mit ihren eigenen Wahllisten. Junge Grüne wurden also bisher ausschliesslich auf den Listen ihrer Mutterpartei ins nationale Parlament gewählt.

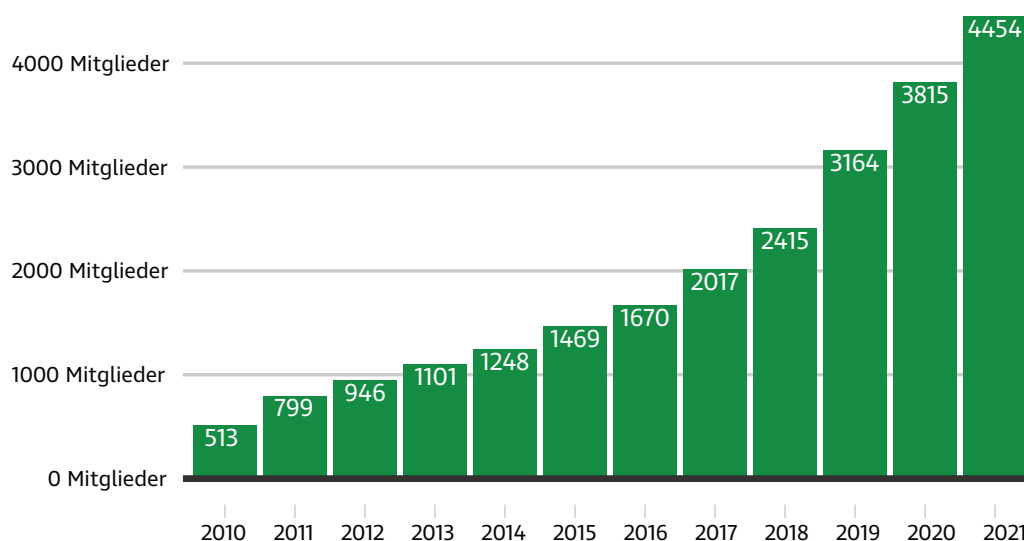
Auch auf kantonaler und lokaler Ebene gibt es zahlreiche Mitglieder der Jungpartei der Grünen, welche auf den Listen ihrer Mutterpartei in die kantonalen Parlamente gewählt wurden. Ein prominentes Beispiel dafür ist Jo Vergeat vom Jungen Grünen Bündnis Nordwest, die im Alter von 27 Jahren zur Grossratspräsidentin von Basel-Stadt gewählt wurde (Junges Grünes Bündnis Nordwest 2022). Auf kantonaler Ebene gibt es ausserdem einzelne Parlamentarier:innen, welche explizit auf Listen der Jungen Grünen gewählt wurden: Jonas Heeb in Luzern, Aline Iff und Maurus Pfalzgraf in Schaffhausen, Laurin Hoppler in Basel-Stadt. (Luzerner Kantonsblatt 2019, Staatskanzlei Kanton Schaffhausen 2021, Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt 2022).

Mitglieder der Jungen Grünen: Grosser Zuwachs seit den Klimastreiks

Die Jungen Grünen Schweiz sind, wie dies bei Schweizer Parteien üblich ist, als Verein organisiert. Voraussetzung für eine Mitgliedschaft bei den Jungen Grünen Schweiz ist die Unterstützung des oben genannten Zwecks der Jungpartei und die Entrichtung eines jährlichen Mitgliederbeitrags. Ein Mindestalter, um bei den Jungen Grünen Schweiz Mitglied zu werden, gibt es nicht, hingegen erlischt die Mitgliedschaft mit dem 35. Lebensjahr (Junge Grüne Schweiz 2021).

Der basisdemokratische Charakter der Jungen Grünen Schweiz zeigt sich darin, dass sich die Mitglieder der Jungen Grünen Schweiz viermal pro Jahr zu einer Mitglieder- respektive einer Jahresversammlung treffen. Dies im Gegensatz zu den anderen Jungparteien, welche Delegiertenversammlungen veranstalten (Junge Grüne Schweiz 2021).

Abbildung 10.2: Mitglieder Junge Grüne Schweiz, von 2010 bis 2021



Quelle: Junge Grüne Schweiz 2022a.

Die Mitgliederzahl der Jungen Grünen Schweiz hat über die Jahre stetig zugenommen. Dabei ist im eidgenössischen Wahljahr 2019 sowie in den darauffolgenden Jahren 2020 und 2021 ein besonders starker Anstieg festzustellen. Das Jahr 2019 hält mit 749 Neumitgliedern den Rekord: Die Neumitgliederzahl

von 2019 ist fast doppelt so hoch wie diejenige des Vorjahres, als 398 Neumitglieder zu den Jungen Grünen stiessen (Junge Grüne Schweiz 2022a).

Es ist davon auszugehen, dass die neu erstarkte, junge Klimabewegung und die damit verbundenen Klimastreiks hier einen wichtigen Einfluss hatten. Zeitlich passt das rekordhohe Mitgliederwachstum der Jungen Grünen im Jahr 2019 zum Aufkommen der Klimastreiks: Die ersten Klimastreiks in der Schweiz fanden im Dezember 2018 statt, woraufhin die Bewegung sehr schnell und stark wuchs und schliesslich am 28. September 2019 mit der von diversen Organisationen mitgetragenen «nationalen Demo des Wandels» mit über 100 000 Teilnehmenden in Bern ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte (Klimastreik Schweiz 2019, Schweizer Radio und Fernsehen 2019).

Vergleicht man die Mitgliederzahl der verschiedenen Jungparteien aus dem Jahr 2021 lässt sich feststellen, dass Jungsozialist:innen, Jungfreisinnige und Junge Grüne mit jeweils zwischen 4 400 und 4 500 Mitgliedern beinahe gleichauf sind. Einzig die Junge SVP mit 7 200 Mitgliedern ist deutlich grösser. Die Junge Mitte und die Jungen Grünliberalen, welche beide zwischen 3 000 und 3 200 Mitgliedern zählen, sind klar kleiner (Lüthi und Glatthard 2021).

Mehrere etablierte Politiker:innen der Grünen Schweiz haben ihre politische Karriere bei den Jungen Grünen begonnen. So waren viele Mitglieder der heutigen grünen Bundeshausfraktion aktive Junge Grüne, dazu gehören Aline Trede (Mitgründerin der Jungen Grünen Schweiz), Lisa Mazzone (ehem. Geschäftsleitungsmitglied der Jungen Grünen Genf), Greta Gysin (ehem. Koordinatorin der Jungen Grünen Schweiz), Irène Kälin (ehem. Vertretung der Jungen Grünen Schweiz bei den Grünen Schweiz), Meret Schneider (ehem. Präsidentin der Jungen Grünen Zürich), Céline Vara und Fabien Fivaz (Gründer:innen der Jungen Grünen Neuenburg), Sophie Michaud Gigon (erste Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz) oder Bastien Girod. Letzterer hat unter anderem durch seine prominente Rolle im Zusammenhang mit der Stopp-Offroad-Initiative Bekanntheit erlangt. Auch Lena Frank (ehemalige Co-Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz, seit 2020 Exekutivmitglied der Stadt Biel) und Martin Neukom (ehemaliger Präsident der Jungen Grünen Schweiz), der 2019 zum zweitjüngsten Zürcher Regierungsrat aller Zeiten gewählt wurde, sind in diesem Zusammenhang zu nennen.

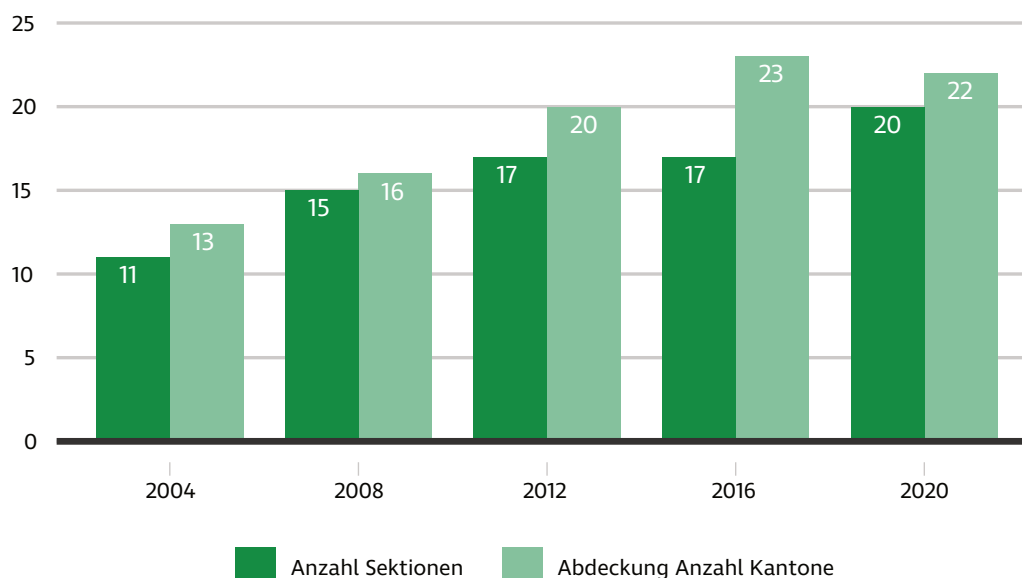
Sektionen der Jungen Grünen in allen Sprachregionen

Zu ihrer Gründungszeit hatten die Jungen Grünen Schweiz elf Sektionen in Bern, Freiburg, Genf, Graubünden, Luzern, Neuenburg, der Nordwestschweiz, Solothurn, St.Gallen, der Waadt und Zürich. Ab 2004 ist ein starkes Wachstum zu verzeichnen: Während sie bei ihrer Gründung eben noch die elf oben genannten Sektionen hatten, entstanden innert weniger Jahre in diversen Regionen Sektionen der Jungen Grünen: 2008 waren es bereits 15 Sektionen, bis 2012 und 2016 wuchs die Sektionenzahl auf 17 Sektionen und im Jahr

2020 gab es schliesslich 20 Sektionen (Junge Grüne Schweiz 2004, 2008, 2012, 2016a, 2020).

Die Jungen Grünen Schweiz hatten bereits bei ihrer Gründung Vertretungen in städtisch und in ländlich dominierten Kantonen sowie in allen Sprachregionen. Doch während die deutsch- und französischsprachigen Sektionen durchgehend Bestand hatten, existierten die Sektionen in italienisch- und rätoromanischsprachigen Kantonen vorerst nur phasenweise. Erst seit der Neugründung der zuvor mehrere Jahre inaktiven Jungen Grünen Graubünden und Jungen Grünen Tessin (Giovani Verdi Ticino) im Jahr 2019 sind die Jungen Grünen wieder gleichzeitig in allen Sprachregionen vertreten (Junge Grüne Schweiz 2004, 2008, 2012, 2016a, 2020).

Abbildung 10.3: Anzahl Sektionen der Jungen Grünen und Abdeckung in den Kantonen



Quelle: Junge Grüne Schweiz (2004, 2008, 2012, 2016a, 2020).

Da es sich teilweise um kantonsübergreifende Sektionen handelt, sind die Jungen Grünen Schweiz heute in 22 Kantonen vertreten, es fehlen einzig Sektionen von Jungen Grünen in den Kantonen Nidwalden, Obwalden, Uri und Schwyz. Sofern vorhanden, politisieren junge Mitglieder in diesen Kantonen direkt bei den Grünen. Die höchste kantonale Abdeckung von Sektionen von Jungen Grünen im Jahr 2016 ist darin begründet, dass zwischen 2014 und 2017 eine Sektion «Junge Grüne Zentralschweiz» bestand, welche zu einer vollständigen Abdeckung der kleinen Kantone der Zentralschweiz führte (Junge Grüne Zentralschweiz 2014).

Arbeitsweise der Jungen Grünen: Aktivismus und Vernetzung

Das Selbstbild der Jungen Grünen ist sehr aktivistisch. Trotz einer Aufstockung des Generalsekretariats von 30 Stellenprozenten bei der Gründung im Jahr 2004 auf 360 Stellenprozenten im Jahr 2021 bleiben die Jungen Grünen eine Partei der Aktivist:innen und der Freiwilligen (Junge Grüne Schweiz 2022a). Die Arbeit in den Kantonalsektionen wird weitestgehend auf freiwilliger Basis erledigt und auch bei den Jungen Grünen Schweiz engagieren sich neben den bezahlten Mitarbeitenden viele Freiwillige in diversen Gremien.

Die Jungen Grünen begleiten ihre Forderungen oft mit bildstarken Aktionen im öffentlichen Raum. In Erinnerung bleibt die Besetzung des Rütli mit Baugerüsten, welche auf die Zersiedelung unbebauter Flächen in der Schweiz aufmerksam machte. Zudem fanden sich bereits 2008 Aktivist:innen sowie Mitglieder der Jungen Grünen nackt vor einem Polizeiposten in Zürich ein, um unter dem Motto «Kein Striptease auf dem Posten» dagegen zu demonstrieren, dass bei vorläufig Festgenommenen die Praxis vorherrschte, dass sich Festgenommene manchmal bei der ersten polizeilichen Einvernahme ausziehen mussten.

Zum aktivistischen Charakter gehört auch, dass die Jungen Grünen wie auch die Grünen Teil verschiedener sozialer Bewegungen sind. Dazu gehört die Vernetzung mit nationalen und internationalen Gruppierungen, beispielsweise im Bereich des Umweltschutzes, der Friedensförderung, des Feminismus, der Atomkraft oder der Menschenrechte (siehe Kapitel 11, Fuchs; Kapitel 12, Schweizer und Kapitel 13, Gisler).

2018 kamen die Klimastreiks auf und sind seither für die Jungen Grünen von grosser Bedeutung, auch wenn sie politisch unabhängig organisiert werden. Da sich jedoch sowohl die Teilnehmenden der Klimastreiks als auch die Mitglieder der Jungen Grünen konsequenten Klimaschutz zum Ziel gesetzt haben, gibt es viele personelle Überschneidungen. Die Jungen Grünen sehen sich nach eigenen Angaben generell als «Brücke zwischen der Bewegung auf der Strasse und der institutionellen Politik» (Lipp 2020).

Wie bei den Grünen Schweiz spielen auch bei den Jungen Grünen die sozialen Medien und allgemein neue Kommunikationskanäle neben traditionellen Medien eine wichtige Rolle bei der Information der Bevölkerung und der Mobilisierung von Mitgliedern und Aktivist:innen (siehe Kapitel 4, Wenger & Gilardi). Die Jungen Grünen rufen regelmässig zur Unterstützung von Demonstrationen, Petitionen und anderen politischen Aktionen auf. Hier spielen die Sozialen Medien eine wichtige Rolle, daneben auch Newsletter an

Mitglieder und Sympathisierende, das Verteilen von Flyern im öffentlichen Raum sowie Mund-zu-Mund-Informationen.

Seit 2015 organisieren die Jungen Grünen das jährliche Politfestival «Green Earth», dieses findet jeweils über das Auffahrts- oder Osterwochenende statt. In einer Mischung aus politischen Workshops, Vorträgen, Diskussionsrunden und Abendprogramm mit Musik und Kleinkunst sollen junge Menschen einen einfachen, unverbindlichen Zugang zur Politik finden. Das Green Earth Festival ist für interessierte Menschen über die Parteigrenze hinaus zugänglich und dient der politischen Bildung sowie der Vernetzung von jungen, politikinteressierten Menschen mit aktiven Jungpolitiker:innen (Junge Grüne Schweiz 2022b).

Volksinitiativen der Jungen Grünen: Eine sammelstarke Jungpartei

Neben der Teilnahme an Wahlen ist das Ergreifen von Volksinitiativen ein wichtiges politisches Instrument der Jungen Grünen. Mit der «Umweltverantwortungsinitiative» lancierten die Jungen Grünen im Sommer 2021 nach der «Stopp-Offroad-Initiative», der «Zersiedelungsinitiative» und der «Kriegsgeschäfteinitiative» (letztere in Zusammenarbeit mit der Gruppe Schweiz ohne Armee) bereits ihr viertes eidgenössisches Initiativprojekt (siehe Kapitel 9, Leemann & Odermatt). Inhaltlich sind drei der vier Volksinitiativen im Umwelt- respektive Landschaftsschutz angesiedelt.

Die Volksinitiativen führten insbesondere in den Sammelphasen zu einer starken Mobilisierung der Mitglieder, dabei konnten sich die Jungen Grünen als ausserordentlich sammelstark beweisen: Für die Zersiedelungsinitiative sammelten sie 96 000 der 135 000 bei der Bundeskanzlei eingereichten Unterschriften. Die restlichen Unterschriften wurden von weiteren Allianzpartnern beigetragen (Junge Grüne Schweiz 2016b).

Nur zwei der Volksinitiativen der Jungen Grünen wurden bis jetzt der Stimmbevölkerung zur Abstimmung vorgelegt: Die Zersiedelungs- und die Kriegsgeschäfteinitiative. Beide scheiterten an der Urne: Die Zersiedelungsinitiative wurde mit 63,7 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt, die Kriegsgeschäfteinitiative mit 57,5 Prozent Nein-Stimmen. Zum Vergleich: Die drei eidgenössischen Volksinitiativen der Jungsozialist:innen, welche bisher zur Abstimmung gebracht wurden, wurden mit 65,3 Prozent («1:12 – Für gerechte Löhne»), 59,9 Prozent («Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!») respektive 64,9 Prozent («Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern») abgelehnt (Bundesamt für Statistik, Abstimmungsstatistik).

Die Stopp-Offroader-Initiative der Jungen Grünen wurde zugunsten des indirekten Gegenvorschlags zurückgezogen, die Umweltverantwortungsinitiative wurde am 21. Februar 2023 bei der Bundeskanzlei eingereicht.

Tabelle 10.1: Volksinitiativen der Jungen Grünen

Eidgenössische Volksinitiative	Initiant:innen	Status
Für menschenfreundlichere Fahrzeuge (Stopp Offroader Initiative)	Verein für menschenfreundlichere Fahrzeuge unter der Leitung der Jungen Grünen Schweiz	Eingereicht am 25.08.2008, zurückgezogen am 13.10.2011 zugunsten des indirekten Gegenvorschlags
Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)	Verein Nachhaltige Siedlungsentwicklung unter der Leitung der Jungen Grünen Schweiz	Eingereicht am 21.10.2016, Volksabstimmung am 10.02.2019: 36,3% Ja zu 63,7% Nein
Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten (Kriegsgeschäfteinitiative)	Bündnis für ein Verbot von Kriegsgeschäften unter der Leitung der Jungen Grünen Schweiz und der Gruppe Schweiz ohne Armee	Eingereicht am 21.06.2018, Volksabstimmung am 29.11.2020: 42,5% Ja zu 57,5% Nein
Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)	Allianz für Umweltverantwortung unter der Leitung der Jungen Grünen Schweiz	Eingereicht am 21. Februar 2023.

Quelle: Bundeskanzlei (2022a-d).

Die Jungen Grünen als Teil der grünen Bewegung

Sowohl in den Statuten der Jungen Grünen Schweiz als auch in den Statuten der Grünen Schweiz sind die Jungen Grünen als Jungpartei der Grünen ausgewiesen. Ausserdem ist festgelegt, dass die «Jungen Grünen und die Grünen auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene zusammenarbeiten» und dass die Jungen Grünen «in den Organen der Partei angemessen berücksichtigt» sind (Junge Grüne Schweiz 2021, GPS 2021). Dies bedeutet in der aktuellen Praxis, dass die Jungen Grünen sowohl in der Geschäftsleitung der Grünen Schweiz als auch im Vorstand und an der Delegiertenversammlung repräsentiert sind.

Ansonsten sind die Grünen Schweiz und die Jungen Grünen Schweiz zwei eigenständige Vereine, welche unabhängig voneinander politisieren. So werden beispielsweise separate Parolen für Abstimmungen gefasst und es ist grundsätzlich möglich, dass Mutterpartei und Jungpartei unterschiedliche

Parolen fassen. Auch haben die Jungen Grünen ein von den Grünen unabhängiges Logo und einen eigenen, klar abgrenzbaren grafischen Auftritt.¹

Die Jungen Grünen sehen sich als Teil der europäischen und der weltweiten grünen und junggrünen Bewegung. Dies einerseits als Mitglied der «Federation of Young European Greens» (FYEG), der Jungpartei der «European Green Party» (EGP), zu deren Versammlungen sie Delegierte entsenden, andererseits als Mitglied der «Global Young Greens» (GYG).²

Zusammenfassung

Es zeigt sich: Zur Gründungszeit war die Grüne Partei der Schweiz geprägt von grösstenteils jungen Menschen, die den neuen sozialen Bewegungen angehörten. Seither hat sich die Altersstruktur der Partei zwar verändert, doch die hohe Bereitschaft, zum einen jungen Menschen Verantwortung zu übertragen und zum anderen auch die hohe Bereitschaft der jungen Menschen in der Partei, Verantwortung zu übernehmen, fallen nach wie vor auf.

Wie wichtig grüne Politik gerade auch für sehr junge Menschen ist, zeigt sich am Erfolg der Jungen Grünen. Diese sind seit ihrer Gründung auf nationaler Ebene im Jahr 2004 zu einer der grössten und aktivsten Jungparteien der Schweiz herangewachsen. Neben ihrem Wirken in der Schweizer Politik tragen die Jungen Grünen auch einen wichtigen Teil zur Nachwuchsförderung ihrer Mutterpartei bei: Die Karriere vieler Grüner, welche heute in wichtigen Ämtern politisieren, begann in ihrer Jugend bei den Jungen Grünen.

Dieser Zusammenhang kann durchaus als positiver Kreislauf interpretiert werden: Prominente junge Grüne-Politiker:innen sorgen für Sichtbarkeit und Zulauf bei den Jungen Grünen. Starke Junge Grüne wiederum führen dazu, dass junge Menschen auch die Grünen als attraktive Option wahrnehmen und sich für grüne Politik engagieren.

1 Vergleiche Website der Jungen Grünen Schweiz: <https://jungegruene.ch/> und Website der Grünen Schweiz: <https://gruene.ch/>.

2 Weitere Informationen finden sich auf der Website der Federation of Young European Greens: <https://fyeg.org/> und der Website der Global Young Greens: <https://globalyounggreens.org/>.